

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Juli 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Christine Kreuzer

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 12. – 18. Juli 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europäische Union bekräftigt Europaperspektive der Türkei

Die Hohe Beauftragte Catherine Ashton und Kommissar Štefan Füle nahmen am 13.07. am Hochrangigen Politischen Dialog zwischen der EU und der Türkei in Istanbul teil. Von türkischer Seite nahmen Außenminister Ahmet Davutoğlu und Chefunterhändler Egemen Bağış teil. Ziel des Treffens war die Bestätigung der Zusagen der EU für die Türkei und die Diskussion über die Zusammenarbeit in der Region.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/920&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/avservices/ebs/schedule.cfm> .

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Partnerschaftsabkommen mit Moldawien

Der Rat billigte den Abschluss und die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Protokolls über ein Abkommen zu Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der EU und Moldawien.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/115775.pdf (Council Agri)

2. Verhandlungen über Assoziierung von Südkaukasusländern

Die EU kündigte für Ende Juli die Eröffnung von Assoziierungsverhandlungen mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien in den Hauptstädten dieser Staaten an.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/955&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Hohe Beauftragte Catherine Ashton im Nahen Osten

Catherine Ashton bereits vom 17. bis 19.07. den Nahen Osten. Geplant sind Gespräche mit führenden Persönlichkeiten Israels und der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie U.S. Senator George Mitchell und dem Beauftragten des Nahostquartetts Tony Blair. HR/VP Ashton plant auch einen Besuch in Gaza.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/960&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

<http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=395&lang=en>
<http://www.eubam-rafah.eu/>
<http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=974&lang=en>
<http://www.unrwa.org/>

b) Außenhandel

1. Handelsbilanzdefizit des Euroraums im Mai bei 3,4 Mrd. Euro

Nach ersten Schätzungen ergab sich für den Euroraum (ER16) im Mai 2010 ein Defizit von 3,4 Mrd. Euro im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber +2,2 Mrd. im Mai 2009. Im April 2010 betrug der Saldo +0,3 Mrd. und im April 2009 +2,6 Mrd.. Im Mai 2010 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum April 2010 um 1,6% und die Einfuhren um 4,2% zu.

Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im Mai 2010 ein Handelsbilanzdefizit von 15,1 Mrd. Euro auf, gegenüber -7,0 Mrd. im Mai 2009. Im April 2010 wurde ein Saldo von -11,0 Mrd. und im April 2009 von -7,8 Mrd. verbucht. Im Mai 2010 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum April 2010 um 0,9% und die Einfuhren um 4,1% zu.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/106&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Sondermittel für Bevölkerung in Südsudan und Darfur

Der Rat bewilligte am 12.07. aus Restmitteln des 9. und früherer Entwicklungsfonds 150 Mio. EUR für gefährdete Bevölkerungsgruppen im Sudan, insbesondere im Südsudan und in Darfur, Ostsudan und Übergangsgebieten zwischen Nord- und Südsudan. Da die sudanesisische Regierung das revidierte Cotonou-Abkommen nicht ratifiziert hat, gab es keine Rechtsgrundlage für Zahlungen aus dem 10. EEF. Diese Mittel ergänzen über 500 Mio. EUR Entwicklungshilfe seit 2005 und über 750 Mio. humanitäre Hilfe seit 2003.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/115775.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st10/st10543.de10.pdf> (Beschluss)

2. Kurzfristige Ernährungshilfe für vier südostafrikanische Länder

Die Kommission hat beschlossen, 5 Mio. EUR bereitzustellen, um zum Schutz der Existenzgrundlagen anfälliger Bevölkerungsgruppen in den katastrophengefährdeten Regionen Südostafrikas und des südwestlichen Indischen Ozeans beizutragen. Mit der Hilfe soll die Katastrophenvorsorge gefördert werden, indem Maßnahmen zur kurzfristigen Ernährungs- und Existenzsicherung und weitere Unterstützungsmaßnahmen in den Komoren, Madagaskar, Malawi und Mosambik finanziert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/959&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

3. Humanitäre Hilfe für Äthiopien

Die Kommission hat am 16.07. ein 15 Mio. EUR schweres Hilfspaket zur Verbesserung der unsicheren Ernährungslage in Äthiopien angenommen, wo dieses Jahr schätzungsweise 5,2 Millionen Menschen auf Unterstützung angewiesen sein werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/942&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Erleichterte Beschäftigung von Saisonarbeitern

Die Kommission schlug am 13.07. ein vereinfachtes Verfahren für die Zulassung von Saisonarbeitnehmern aus Drittstaaten auf der Grundlage gemeinsamer Definitionen und Kriterien wie etwa das Vorhandensein eines Arbeitsvertrags oder eines verbindlichen Beschäftigungsangebots, in dem ein bestimmtes Entgelt festgelegt ist, vor. Die Höchstdauer für Saisonarbeit wird auf sechs Monate pro Kalenderjahr festgelegt. Saisonarbeitern werden in Bezug auf bestimmte Rechte wie Vereinigungsfreiheit, Empfang von Sozialleistungen, Erwerb einkommensabhängiger gesetzlicher Rentenansprüche und Zugang zu Waren und Dienstleistungen mit inländischen Arbeitnehmern gleichgestellt. Die Mitgliedstaaten können jedoch weiterhin frei über die Zulassung von Saisonarbeitern entscheiden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/930&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/welcome/default_de.htm

http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/news_intro_en.htm

2. Hälfte der Europäer wäre bereit, für einen Arbeitsplatz umzuziehen

Die Kommission hat am 13.07. einen Bericht mit einem konsolidierten Überblick über die Rechte der Europäer vorgelegt, die in einem anderen EU-Staat leben und arbeiten. Darüber hinaus enthält der Bericht eine aktualisierte Darstellung der rechtlichen Entwicklungen im vergangenen Jahrzehnt. Derzeit leben 2,3 % der EU-Bürger in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem eigenen. Jedoch zeigen die ebenfalls heute veröffentlichten Ergebnisse einer neuen Eurobarometer-Umfrage, dass 17 % der Europäer beabsichtigen, irgendwann in der Zukunft im Ausland zu arbeiten, und dass 48 % bereit wären, in einem anderen Land auf Arbeitsuche zu gehen, wenn sie arbeitslos würden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/932&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=847&furtherNews=yes> (Mitteilung)

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_337_en.pdf (Eurobarometerumfrage)

3. Zusatzversorgung für Partner in eingetragener Lebensgemeinschaft

Nach Auffassung von Generalanwalt Nilo Jääskinen steht Art. 1 in Verbindung mit den Art. 2 und 3 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie 2000/78 einer Regelung entgegen, wonach ein in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebender Versorgungsempfänger keine Zusatzversorgungsbezüge erhält, die den einem nicht dauernd getrennt lebenden verheirateten Versorgungsempfänger gewährten entsprechen, obwohl nach nationalem Recht die eingetragene Lebenspartnerschaft die Personen gleichen Geschlechts in eine Situation versetzt, die in Bezug auf diese Versorgungsbezüge mit der Situation von Ehegatten vergleichbar ist. Im Ausgangsfall ging es um das berufsständische Versorgungssystem der Freien und Hansestadt Hamburg.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-147/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-147/08)

b) Gesundheit

1. Zugang zu Coffeeshops nur für Einheimische

Nach Auffassung von Generalanwalt Yves Bot kann die Stadt Maastricht den Zugang zu Coffeeshops auf in den Niederlanden ansässige Personen beschränken. Der Handel mit Drogen,

der in den Niederlanden toleriert sei, falle nicht unter die Dienstleistungsfreiheit. Da der Drogentourismus eine tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung der öffentlichen Ordnung in Maastricht darstelle, sei der Ausschluss von Gebietsfremden von Coffeeshops eine notwendige Maßnahme zum Schutz der Einwohner der Gemeinde vor den Störungen, die dadurch verursacht werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-07/cp100076de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-137/09>
(Schlussanträge)

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

1. Entwarnung für „Schlumpf-Mozzarella“

Die zuständigen deutschen Stellen informierten die Kommission, dass die Ursache für die bakteriologische Verunreinigung in einem bayerischen Molkereibetrieb nunmehr beseitigt sei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/962&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

b) Landwirtschaft

1. Mitgliedstaaten wird Anbau von Genpflanzen freigestellt

Nach dem Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie 2001/18/EG soll Mitgliedstaaten, die aus anderen Gründen als der wissenschaftlichen Bewertung der Gesundheits- und Umweltrisiken über den GVO-Anbau entscheiden, auch bei europaweit zugelassenen Genpflanzen die Befugnis eingeräumt werden, den GVO-Anbau in ihrem Hoheitsgebiet zu verbieten, ohne die für diesen Zweck vorgesehene Schutzklausel in Anspruch zu nehmen. Die Mitgliedstaaten müssen aber auch die allgemeinen Grundsätze der Verträge und des Binnenmarktes einhalten und den internationalen Verpflichtungen der EU nachkommen. Ein weiterer Vorschlag gestatte niedrigere Schwellenwerte als 0.9% für die Deklaration von GVO. Rat und EP müssen diesen Vorschlägen noch zustimmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/921&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/325&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

2. Unterstützung für deutsches Branntweinmonopol

Bei der Aussprache im Rat Landwirtschaft am 12.07. über den Vorschlag für eine Verordnung hinsichtlich der im Rahmen des deutschen Branntweinmonopols gewährten Beihilfe, unterstützten zwei Delegationen den Vorschlag und keine sprach sich dagegen aus. Nach dem Vorschlag soll das Monopol über den 31.12. hinaus verlängert werden und für mittlere Brennereien Ende 2013 und für kleine Brennereien Ende 2017 auslaufen. Betroffen sind 674 sogenannte Getreide- und Kartoffel-Verschlussbrennereien und etwa 20.000 Kleinstbrennereien für Obst, insbesondere von Streuobstwiesen. Die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein kauft jährlich für rund 80 Mio. EUR Alkohol zu einem Preis oberhalb des Marktpreises. Der Vorschlag bedarf zunächst der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/115775.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11619.de10.pdf> (Bericht der Kommission)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11620.de10.pdf> (Vorschlag für Verordnung)

3. Aussprache über Empfehlungen der hochrangigen Expertengruppe "Milch"

Der Rat Landwirtschaft nahm am 12.07. Kenntnis von dem Abschlussbericht der hochrangigen Expertengruppe "Milch", die infolge der Krise im Milchsektor 2009 eingesetzt worden ist. Darin wird empfohlen, entweder durch Leitlinien oder über einen entsprechenden Gesetzgebungsvorschlag darauf hinzuwirken, dass künftig im Voraus förmliche detaillierte Lieferverträge für Rohmilch (einschl. Preis, Liefermengen, Lieferfristen und Vertragsdauer) abgeschlossen werden. Weitere Themen waren die Weiterentwicklung des europäischen Instruments für die Überwachung der Lebensmittelpreise, sowie Innovation und Forschung für die Wettbewerbsfähigkeit des Milchsektors. Der Rat wird die Beratungen im September fortsetzen. Ein Konsens ist noch nicht in Sicht. Die Kommission legt zum Jahresende Vorschläge vor.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=498&lang=de>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11935.de10.pdf> (Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st11/st11758.en10.pdf> (Bericht der Hochrangigen Gruppe)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st11/st11015.en10.pdf> (Quartalsbericht über Milchmarkt)

4. Konferenz über die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013

Rund 600 Teilnehmer aus der ganzen EU treffen am 19./20.07. in Brüssel zusammen, um über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 zu sprechen. Auf dieser Konferenz sollen nach entsprechenden Erörterungen Schlussfolgerungen aus der von der Kommission im April eingeleiteten öffentlichen Debatte über die Zeit nach 2013 gezogen werden, der vier wesentliche Fragen zugrunde lagen: „Warum benötigen wir eine gemeinsame Agrarpolitik? Was erwarten die Bürger von der EU-Landwirtschaft? Warum muss die GAP reformiert werden? Welches Instrumentarium benötigen wir für die GAP von morgen?“ Der Meinungsaustausch wird eine nützliche Diskussionsplattform bilden, bevor die Kommission ihre Mitteilung über die Zukunft der GAP ausarbeitet, die im November 2010 veröffentlicht werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/958&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/conference/index_de.htm

5. Kommission fordert GAP-Gelder in Höhe von 265,02 Mio. EUR zurück

Die Kommission hat mit einem Beschluss EU-Agrargelder in Höhe von insgesamt 265,02 Mio. EUR zurückgefordert, die von den Mitgliedstaaten vorschriftswidrig verwendet wurden. Diese aufgrund der Nichteinhaltung der EU-Agrarvorschriften oder aufgrund unzureichender Kontrollverfahren wiedereinzuziehenden Gelder fließen in den EU-Haushalt zurück. Auf Deutschland entfallen 9.355 Mio. EUR und auf Österreich 1.087 Mio. EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/961&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Erleichterung des grenzüberschreitenden Geldtransports

Die Kommission hat am 16.07. einen Vorschlag für eine EU-Verordnung angenommen, durch die die rechtlichen Hindernisse für den gewerbsmäßigen grenzüberschreitenden Straßentransport

von Euro-Bargeld zwischen den Mitgliedstaaten der Eurozone beseitigt werden sollen. Innerstaatliche Transporte von Euro-Bargeld werden weiterhin durch nationale Vorschriften geregelt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/949&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/euro/2010-07-14-cross-border-cash_en.htm

b) Steuern

1. Kommission schützt Recht der Steuerzahler auf MwSt-Erstattungen

Die Kommission verabschiedete am 15.07. einen Vorschlag zur Verlängerung der Frist für die Beantragung von MwSt-Erstattungen für 2009. Da einige Mitgliedstaaten das neue MwSt-Erstattungsverfahren, das am 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist, erst spät umgesetzt haben, schlägt die Kommission vor, Steuerzahlern mehr Zeit für die Beantragung ihrer MwSt-Erstattung einzuräumen. Gleichzeitig schlägt sie vor, bestimmte Merkmale der einzelstaatlichen Web-Portale für MwSt-Erstattungen zu harmonisieren, damit sie interoperabler und für Steuerzahler leichter zugänglich sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/950&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_en.htm

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union

Der Ecofin-Rat verabschiedete am 13.07. eine Empfehlung über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union mit sechs Leitlinien: (i) Gewährleistung der Qualität und langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, (ii) Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte, (iii) Abbau von Ungleichgewichten im Euro-Währungsgebiet, (iv) Optimierung der FuE- sowie der Innovationsförderung, Stärkung des Wissensdreiecks und Freisetzung des Potenzials der digitalen Wirtschaft, (v) Verbesserung der Ressourceneffizienz und Abbau der Treibhausgase und (vi) Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Verbraucher und Modernisierung und Weiterentwicklung der industriellen Basis, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts sicherzustellen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11646.de10.pdf>

2. Wirtschafts- und Finanzkrise noch nicht zu Ende

In seiner Rede am 09.07. vor den EZB-Beobachtern erinnerte EZB-Präsident Trichet daran, dass die Krise vor fast drei Jahren ausgebrochen sei und sich durch einen fortschreitenden Verlust von Vertrauen weiterverbreitet habe. Die kollektiven internationalen Maßnahmen im Winter 2008/2009 seien erfolgreich gewesen. Es sei aber noch zu früh, die Krise für beendet zu erklären. Nunmehr komme es darauf an, das Vertrauen der Haushalte, Unternehmen und Investoren durch eine stabilitätsorientierte Fiskalpolitik zu stärken.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp100709.en.html>

3. Jährliche Inflationsrate im Euroraum im Juni auf 1,4% gesunken

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Juni 2010 bei 1,4%, gegenüber 1,6% im Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie -0,1% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,0% im Juni 2010. Die jährliche Inflationsrate der EU lag im Juni 2010 bei 1,9%, gegenüber 2,0% im Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,6% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,0% im Juni 2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/105&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Industrieproduktion im Euroraum im Mai um 0,9% gestiegen

Die saisonbereinigte Industrieproduktion¹ ist im Mai 2010 gegenüber April 2010 im Euroraum (ER16) um 0,9% und in der EU27 um 1,0% gestiegen. Im April nahm die Produktion um 0,9% bzw. 0,5% zu. Im Mai 2010 erhöhte sich die Industrieproduktion im Euroraum um 9,4% und in der EU27 um 8,7% gegenüber Mai 2009. Die Industrieproduktion stieg in allen Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, außer in Griechenland (-6,3%) und Bulgarien (-1,7%). Die höchsten Anstiege gab es in Estland (+17,2%), Luxemburg (+13,5%), Schweden (+13,4%), Lettland (+13,2%) und Deutschland (+13,1%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/104&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Anteil erneuerbarer Energie am Energieverbrauch in EU 2008 bei 10,3%

Im Jahr 2008 lag der Beitrag von erneuerbaren Energien zur Deckung des Bruttoendenergieverbrauchs in der EU27 schätzungsweise bei 10,3%, 2007 betrug er 9,7% und 2006 erst 8,8%. In der 2009 verabschiedeten Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen werden für alle Mitgliedstaaten Einzelziele festgelegt, so dass im Jahr 2020 in der EU bis zu 20% der benötigten Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Deutschland kam 2008 auf 8,9%. Bis 2020 muss dieser Anteil auf 18% erhöht werden. Österreich lag 2008 bei 28,5% und muss bis 2020 auf 34 Prozent kommen. Der höchste Anteil der erneuerbaren Energien an der Deckung des Gesamtverbrauchs wurde 2008 in Schweden verzeichnet, wo 44,4% der Energie aus erneuerbaren Quellen stammten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/103&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Währung und Finanzen

1. Verhandlungen über europäische Finanzaufsicht in Endphase

Die EU-Finanzminister einigten sich am 13.07. auf neue Kompromissvorschläge gegenüber dem Europäischen Parlament, mit dem am 14.07. bereits erste Gespräche hierüber geführt wurden, um eine Verabschiedung im September in erster Lesung zu ermöglichen. Damit könnte das Ziel für neue Finanzaufsichtsstrukturen ab 01.01.11 noch erreicht werden. Die Durchgriffsrechte der EU-Aufsichtsbehörden in Krisenfällen gehen dem EP aber noch nicht weit genug. Die Finanzminister sollen nicht selbst entscheiden können, ob ein Krisenfall vorliegt, der dies rechtfertigt. Staaten sollten sich auch nicht gegen Anweisungen der EU-Aufseher mit dem Hinweis auf Belastungen für ihren Haushalt wehren können. Ferner fordert das EP, dass die drei Behörden für Banken, Versicherungen und Börsen in Frankfurt angesiedelt werden, während der Rat an den bisherigen Standorten der Vorläuferorganisationen festhält, so dass die Bankaufsicht in London und die Wertpapieraufsicht in Paris verbleibe. Schließlich will das EP den Vorsitz im Europäischen Ausschuss für Systemrisiken dem EZB-Präsidenten übertragen.

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_54/SharedDocs/Bilder/Vorlagen/Artikel/20100716-Ecofin-Bericht.html?nnn=true
http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-78976-195-07-29-907-20100714IPR78974-14-07-2010-2010-false/default_de.htm
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115787.pdf

2. Konsens über verstärkte Makroaufsicht

Beim dritten Treffen der Taskforce des Europäischen Rates zur Wirtschaftsregierung (economic governance) am 12.07. bestand Einigkeit hinsichtlich des Vorschlags der Kommission für ein „europäisches Semester“ ab 2011, nämlich einer präventiven Überwachung der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken im ersten Halbjahr. Mehr Nachdruck solle auf das Überschuldungskriterium gelegt werden, mit härteren Auflagen für stark verschuldete Länder. Verstöße gegen Auflagen sollten auch durch den Einbehalt von Mitteln aus dem EU-Haushalt geahndet werden können. Es blieb aber offen wie weit Folgen automatisch eintreten sollten. Breiten Konsens gab es auch bezüglich der Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit, bis hin zu Auflagen für Staaten, welche Mängel in diesem Bereich aufweisen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/115798.pdf (PM Van Rompuy)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11807.de10.pdf> (Mitteilung Kommission)

3. Haushaltskonsolidierung für alle Euroländer vorrangig

In ihrem Monatsbericht für Juli mahnt die Europäische Zentralbank, dass alle Länder des Euroraums mindestens die Pläne zur Haushaltskonsolidierung erfüllen müssten, die im Rahmen ihres jeweiligen Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit vorgesehen sind. Darüber hinaus müssten alle Länder glaubwürdige Anpassungsmaßnahmen formulieren, die zur Erfüllung der für 2010, 2011 und darüber hinaus gesetzten Haushaltsziele hinreichend sind.

http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2010/201007.ezb_10h.pdf

4. Slowakische Regierung für Euro-Rettungsfonds - gegen Griechenlandhilfe

Nach längerem Zögern empfahl die neue slowakische Regierung am 15.07. dem Parlament die Billigung der Europäischen Finanzstabilitäts-Fazilität über 750 Mrd. EUR. Der slowakische Anteil beträgt 4.5 Mrd. EUR. Damit ist ein Inkrafttreten der Fazilität zum Monatsende zu erwarten, sofern das italienische Parlament nach dem Ende von Parlamentsferien zustimmt. Bezüglich des Griechenland-Rettungspakets über 110 Mrd. EUR empfahl die Regierung jedoch dem Parlament, dem slowakischen Anteil von 800 Mio. EUR nicht zuzustimmen. Die Ablehnung dieser Hilfen, denen die Vorgängerregierung zugestimmt hatte, war Wahlkampfthema. Die Maßnahme ist äußerst unpopulär, da nicht einzusehen sei, weshalb das ärmste Euro-Land für das Fehlverhalten eines wesentlich wohlhabenderen Landes einstehen solle.

<http://www.euractiv.com/de/euro/neue-slowakische-regierung-ebnet-weg-fuer-euro-rettungsfonds-news-496404>

5. Mehr Schutz für Bankkunden

Nach dem Vorschlag der Kommission vom 21.07. soll die befristet beschlossene Erhöhung der Deckungssumme für Bankeinlagen von 100.000 EUR auf Dauer gelten. Höhere Beträge sind nicht zulässig, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Die Auszahlungsfrist wird auf 7 Tage festgesetzt. Bisher hätten Kunden oft Monate warten müssen. Außerdem können Ansprüche gegen ausländische Banken bei der heimischen Einlagensicherung geltend gemacht werden. Innerhalb von 10 Jahren müssen 1.5% der erstattungsfähigen Einlagen abrufbereit vorgehalten werden. Der Beitrag der einzelnen Institute bemisst sich nach ihrem Risikoprofil. Bei Bedarf müssen die Banken weitere 0.5% nachschießen. Dies gilt auch für deutsche Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/918&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/internal_market/bank/guarantee/index_de.htm
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/318&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

6. Verbesserte Sicherung von Wertpapieranlagen

Nach einem weiteren Vorschlag der Kommission wird die Sicherung für Wertpapieranlagen von 20.000 auf 50.000 EUR angehoben. Mitgliedstaaten mit höherem Niveau dürfen dieses noch drei Jahre lang beibehalten. Die Auszahlungsfrist wird auf 9 Monate festgesetzt. Außerdem soll der auch in Deutschland geltende Selbstbehalt von 10% wegfallen. Bisher könne die Wartezeit mehrere Jahre dauern. Außerdem sollen Anleger besser darüber aufgeklärt werden, wann das Entschädigungssystem zur Anwendung kommt, und besser vor Veruntreuung – wie unlängst in der Madoff-Affäre – geschützt werden. Innerhalb von 10 Jahren sollen mindestens 0.5% des Betrags der abzusichernden Risiken in ein Einlagensicherungssystem eingebracht werden. In Notfällen besteht eine Nachschusspflicht ebenfalls in Höhe von 0.5%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/918&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/internal_market/securities/isd/investor_de.htm
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/319&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

7. Einlagensicherungssystem für Versicherungen geplant

In ihrem Weißbuch vom 12.07. stellt die Kommission verschiedene Optionen vor, wie zum einen ein fairer und umfassender Verbraucherschutz in der EU sichergestellt und zum anderen verhindert werden kann, dass die Kosten des Zusammenbruchs einer Versicherungsgesellschaft dem Steuerzahler aufgebürdet werden. In Deutschland besteht ein derartiges System nur für Lebensversicherungen. Insbesondere wird der Erlass einer Richtlinie vorgeschlagen, die sicherstellen soll, dass alle Mitgliedstaaten über ein Sicherungssystem für Versicherungen verfügen und diese Systeme gewisse Mindestanforderungen erfüllen. Versicherungsgesellschaften könnten verpflichtet werden, 1.2% ihrer Beitragseinnahmen in Sicherungsfonds einzuzahlen. Interessierte Kreise sind aufgefordert, sich bis 30.11. zu äußern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/918&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/320&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>
http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/guarantee_de.htm
http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/guarantee_de.htm

8. Einführung des Euro in Estland am 1. Januar 2011

Die EU-Finanzminister gaben am 13.07. endgültig grünes Licht für die Einführung des Euro in Estland am 1. Januar 2011. Der Rat Ecofin hat den Umrechnungskurs auf 15,6466 estnische Kronen für einen Euro festgeschrieben.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=499&lang=de>

9. Internationale Rolle des Euro 2009 praktisch unverändert

Nach dem Bericht der Europäischen Zentralbank über die internationale Rolle des Euro im Jahr 2009, stiegen die von Ländern außerhalb des Eurogebiets gehaltenen Reserven in Euro von Ende 2008 bis Ende 2009 um 0.5% von 114.1 Mrd. EUR auf 116.5 Mrd. EUR. Die Schwankungen bei den einzelnen Instrumenten hielten sich im Rahmen der normalen

Fluktuation. In den Nachbarländern habe der Einsatz von Euro-Bargeld und Euro-Guthaben zugenommen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100714.en.html>

<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/euro-international-role201007en.pdf?b8a71fac384b9900a0904ca883ccd739>

10. Normalisierung auf Geldmarkt im Eurogebiet

In der Woche zum 09.07. erwarb die Europäische Zentralbank nur noch für 796.5 Mio. EUR minderwertige Staatsanleihen. Seit Anfang Mai hat die EZB damit etwa 60 Mrd. EUR Staatstitel für geldpolitische Maßnahmen erworben. Über eine Terminfazilität hat die EZB 59 Mrd. EUR hereingenommen, wodurch der Anleiheaufkauf geldpolitisch neutralisiert worden ist. Die Einlagefazilität wurde mit 205 Mrd. EUR um 26 Mrd. EUR geringer genutzt.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/wfs/2010/html/fs100713.de.html>

11. Defizitverfahren gegen Bulgarien, Dänemark, Zypern und Finnland

Der Rat Ecofin leitete am 13.07., wie von der Kommission vorgeschlagen, Defizitverfahren wegen Verstoß gegen das Verschuldungskriterium von 3%/BIP gegen Bulgarien, Dänemark, Zypern und Finnland ein. Alle vier Staaten müssen ab Januar 2011 Maßnahmen zur Abhilfe einleiten. Bulgarien und Finnland müssen ihr Haushaltsdefizit bereits 2011 unter 3%/BIP bringen, da es keine besonderen Umstände auf Grund der globalen Finanzkrise für eine spätere Korrektur gebe. Zypern muss dieses Ziel 2012 erreichen und Dänemark 2013. Damit laufen nunmehr gegen alle 27 EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Luxemburg, Schweden und Estland derartige Verfahren.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115806.pdf (Council Ecofin)

12. Deutschland und Österreich erfüllen Auflagen in Defizitverfahren

Der Ecofin-Rat befand am 13.07., dass 13 Staaten (**Deutschland, Österreich**, Belgien, Tschechien, Irland, Großbritannien, Spanien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Portugal, Slowenien und die Slowakei) wie von der Kommission festgestellt die Empfehlungen zur Rückführung ihrer Haushaltsdefizite unter 3%/BIP bisher eingehalten haben. Belgien und Italien müssen die Defizitgrenze spätestens 2012 erreichen, Tschechien, **Deutschland, Österreich**, die Niederlande, Portugal, Slowenien, die Slowakei, Spanien und Frankreich **2013**, Irland 2014 und Großbritannien im Haushaltsjahr 2014/2015.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115806.pdf (Council Ecofin)

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Erleichterte Ehescheidung und Trennung in 14 Mitgliedstaaten

Der Rat fasste am 12.07. nach Zustimmung des Europäischen Parlaments einen Beschluss über die Ermächtigung zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts in Belgien, Bulgarien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Portugal, Ungarn, Österreich, Rumänien und Slowenien. Die Ermächtigung wird in einer Verordnung des Rates umgesetzt, welche der Zustimmung aller beteiligten Länder, nach Anhörung des EP bedarf; am 04.06. hatten deren Justizminister bereits eine allgemeine Ausrichtung erreicht. Nach

Inkrafttreten wird es für gemischtnationale Ehen leichter sein, sich auf das anzuwendende Recht zu einigen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/115775.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st09/st09898-re02.de10.pdf> (Beschluss)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st10/st10153.de10.pdf> (Verordnungsentwurf)

2. Europäisches E-Justiz-Portal – der direkte Weg zu Rechtsinformationen

Die EU hat am 16.07. das europäische E-Justiz-Portal – ein Online-Portal für den Zugang zum Recht in der gesamten Europäischen Union – eröffnet. Die Website soll Bürgern, Unternehmen, Anwälten und Richtern bei Rechtsfragen, die einen Bezug zum Recht anderer EU-Mitgliedstaaten haben, helfen, eine bessere Kenntnis der verschiedenen Rechtssysteme vermitteln und auf diese Weise zum Entstehen eines einheitlichen Rechtsraums beitragen. Mit über 12 000 Seiten Inhalt hält die erste Version des Portals Informationen und Links über das Recht und die Rechtspraxis in allen Mitgliedstaaten bereit – beispielsweise zur Prozesskostenhilfe, zur Juristenfortbildung, zu Videokonferenzdiensten, Rechtsdatenbanken, elektronischen Insolvenzregistern und Grundbüchern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/956&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=fr>

<https://e-justice.europa.eu>

3. Konsultation zu Rechten von Verbrechens- und Gewaltopfern

Die Kommission hat am 15.07. eine öffentliche Konsultation zu der Frage eingeleitet, wie Opfer geschützt werden, welche Unterstützung sie erhalten und was in diesem Bereich noch verbessert werden muss. Die Kommission wird auf der Grundlage der Antworten einen Vorschlag für ein umfangreiches Paket von praktischen Maßnahmen und Rechtsvorschriften ausarbeiten, der in der ersten Jahreshälfte 2011 vorgelegt werden soll. Die Konsultation läuft bis 30. September 2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/953&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/news_consulting_0053_en.htm

http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/news_intro_en.htm

b) Inneres

1. Rat genehmigt SWIFT-Abkommen

Der Rat fasste am 13.07. nach Zustimmung des Europäischen Parlaments den Beschluss über den Abschluss des Abkommens zwischen der EU und den USA über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus EU an die USA für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus. Einer Umsetzung ab 01.08. steht damit nichts mehr im Weg.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11222-re01.de10.pdf> (Abkommen)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11222-re01co01.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11222-re01co02.de10.pdf>

VIII. Umwelt

1. Verfahren zur Auktion von Emissionshandelszertifikaten gebilligt

Die Mitgliedstaaten billigten im Ausschuss für Klimawandel den Vorschlag für eine Verordnung der Kommission zum Verfahren der Versteigerung von Emissionshandelszertifikaten nach dem EU-Emissionshandelssystem ab 2013 sowie zu Bewilligungen für Fluggesellschaften ab 2012. Rat und EP erhalten nunmehr für drei Monate Gelegenheit zur Überprüfung des Vorschlags.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/948&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Polen muss Regeln für den Hochwasserschutz beachten

Die Kommission fordert Polen auf, dem EU-Umweltrecht im Bereich Hochwasserschutz und Risikomanagement nachzukommen. Polen hat der Kommission keine Maßnahmen zur Anwendung dieser Rechtsvorschriften mitgeteilt, obwohl solche Maßnahmen bis November 2009 hätten getroffen werden müssen. Sollte Polen dieser Aufforderung nicht in ausreichendem Umfang nachkommen, kann die Kommission Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erheben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/940&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/legal/implementation_en.htm

IX. Verkehr

1. Mehr Wettbewerb bei transatlantischem Flugverkehr

Die Kommission hat die Verpflichtungszusagen der drei Oneworld-Mitgliedsfluggesellschaften British Airways (BA), American Airlines (AA) und Iberia (IB) für bindend erklärt. Unter anderem haben die beteiligten Unternehmen vorgeschlagen, für den Londoner Flughafen Heathrow Zeitnischen für Landungen und Abflüge zur Verfügung zu stellen, um Wettbewerbern auf den Strecken nach New York, Boston, Dallas und Miami den Markteintritt zu erleichtern bzw. ihnen die Erweiterung ihres Angebots zu ermöglichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/936&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/330&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Zusammenschluss von British Airways und Iberia genehmigt

Die Kommission hat den geplanten Zusammenschluss von British Airways (Vereinigtes Königreich) und Iberia (Spanien) genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/938&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_5747

3. Neue Fahrplan-Optimierungssoftware verringert Zugverspätungen

Dank eines von der EU mit 2,6 Mio. EUR geförderten Forschungsprojekts haben die Europäer in diesem Sommer auf ihren Bahnreisen weniger unter Zugverspätungen zu leiden. Das Projekt ARRIVAL hat fortgeschrittene Software entwickelt, die Bahnfahrpläne effizienter planen und

auftretende Störungen effektiver und in Echtzeit verarbeiten kann, ohne bei der Sicherheit Abstriche zu machen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/952&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

X. Bildung, Forschung, Kultur

1. Beteiligung der EU an Ostseeforschungsprogramm BONUS 169

Der Rat fasste am 12.07. nach Zustimmung des Europäischen Parlaments einen Beschluss über die Beteiligung der Union an einem von mehreren Mitgliedstaaten durchgeführten gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprogramm für die Ostsee (BONUS). Hierfür werden von der EU 50 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Beteiligt sind die acht Ostseeanrainerstaaten der EU (Deutschland, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Finnland und Schweden).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/115775.pdf (Council Agri)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/pe00/pe00021.de10.pdf> (Beschluss)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11705.de10.pdf>